

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementspreise für den Monat (mit Haus 2 RM, halbjährlich 10 RM); durch die Post bezogen monatlich 1 RM, (ohne Aufstellunggebühren) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2, / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel-Schmittstr. 2, Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtschlüssel: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 6-8 Uhr (außer Montag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gepunktete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,50 RM, für Familienanzeigen 0,30 RM, für die Restzeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Montag, den 31. Januar 1927 Nummer 25

Kauferei um die Ministerfise Vorläufige teilweise Ernennung des Reichskabinetts — Massen- kundgebungen gegen die Reichsregierung

Hindenburg hat den Reichsanwalt Marx, den Außenminister Stresemann, den Arbeitsminister Dr. Brauns, den Reichswirtschaftsminister Dr. Gehler, den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in ihren bisherigen Ämtern bestätigt, zum Reichsfinanzminister Dr. Köhler, zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft den Reichsanwalt Dr. Schiele, zum Reichsoberlehrerminister Dr. Koch und zum Reichspostminister Dr. Schiele ernannt. Die Ernennung des Justizministers und des Ministers des Innern wurde vorläufig ausgelehnt, weil der Reichsanwalt Marx erklärte, daß das Zentrum die Ernennung des Abgeordneten Graef zum Reichsjustizminister ablehne. Ein großer Teil der Zentrumskolonnen ist nicht bereit, der neuen Reichsregierung beizutreten, wenn Graef als Justizminister ernannt werde. Es soll deswegen nochmals auf die deutsch-nationalistische Fraktion eingewirkt werden, die heute nachmittags 2 Uhr in einer neuen Sitzung zusammentritt. Die bürgerliche Presse verbreitet heute morgen die Mitteilung, daß wenn es nicht zu einer Verständigung komme, die Reichsstaatsanwaltschaft dem Reichspräsidenten wohl kein Amt niederlegen werde. Wir glauben, daß diese neue Krise nicht so ernst zu nehmen ist. Es handelt sich nur um einen neuen Trick des Zentrums gegenüber seinen Arbeiterwählern, deren Gefolgschaft es zu sichern beabsichtigt. Die Hinfälligkeit der Deutsch-nationalisten in die Reichsregierung ist von den völkerverhetzlichen Kreisen der Schwerindustrie mit der Absicht erfolgt, diese Kräfte an die imperialistischen Pläne der Schwerindustriellen besser zu binden. Sie wollen die Störung durch die Deutsch-nationalen ausschalten und sie vollständig für die Wehrorientierung in der Hand behalten. Natürlich ist der Kaufpreis mit 2 Millionen Reichsmark auch den völkerverhetzlichen hoch zu schätzen. Es sollen die Deutsch-nationalen in der Ausführung des Reichspräsidenten und der härteren Unterdrückung der Arbeiter durch den Terror gegen die Arbeitermassen weismachen. Was ist die Zentrumskolonnen in Opposition gegen den aktiven Teil der Arbeitermassen kompromittierten Graef vorgeht, ist bekannt das keine Opposition gegen die von der Deutsch-nationalen Partei geführte Linie der Reichsregierung; die Deutsch-nationalen sollen nach wie vor das Justizministerium behalten, das Zentrum will nur seine Wähler damit beruhigen können, daß es nicht, es habe sich zwar der Notwendigkeit einer Reichsblockade nicht verschließen können, jedoch die schwärzeste Reaktion aus dieser Regierung ausschalten. Die Zentrumskolonnen wollen die gesamte Arbeiterkraft werden sich durch dieses Scheitern nicht irremachen lassen. Das Zentrum ist die offene Feinde der Arbeiter, die die Demokraten und Sozialdemokraten zu bilden, diese Reichsblockade verstoßen zu unterstützen. Wir verweisen schon einmal auf die Haltung des Reichspräsidenten. Auch jetzt schreibt der Vorwärts wieder, ohne sich über die Methoden des Kampfes gegen den Reichsblock auch nur zu äußern. Er schreibt:

Der Schacher, begonnen auf Befehl Hindenburgs, ist aus dem Boden der Herren zum Tanze aufsteigen. Der Kampf beginnt. Da steht sie vor uns, die Regierung des Reichspräsidenten... Gegen diesen Geist, gegen die Regierung des Reichspräsidenten wird die Sozialdemokratie den härtesten Kampf führen.

Die „linken“ Sozialdemokraten durchbrechen das Schweigen der Reichsblockade. Die „radikale“ Leipziger Volkszeitung sagt: Wir der Kampf ausbrechen soll und schreibt:

Der schwarz-weiße Block schmeißt das Schicksal dreier Parteien gegeneinander. Und über kurz oder lang werden die Wähler zum Richter über ihn.

Reichspräsident Stellung zu der in 1 1/2 Jahren kommenden Wahl ist in unseren Leitern schon genügend bekannt. Die „linken“ umfassen eine treffliche Stellungnahme gegen den Reichsblock. Was der Herr die gab, das trag geduldig! Das ist die ganze Politik der Sozialdemokraten. Sie marschieren jedoch auf zur Rettung des Reformismus. Paul Levi schreift sich auf, den Arbeitern zu erzählen, welche wunderbare Gelegenheit sie erhalten haben, den Wert oder Unwert des Parlamentes zu erkennen. Er schreibt: Es ist ein Glück, daß wir den Bürgerblock haben, denn er beginnt die wirtschaftliche Krisenkrise in Deutschland auch parlamentarisch genau darzustellen und jedem von uns eine Mission zu nehmen über eine parlamentarische oder außerparlamentarische Position. Dann begründet Paul Levi, weshalb es ein Glück für die Arbeiter ist, indem er reichsweit erzählt: Nicht, weil wir den Bürgerblock für einen Sieg der Revolution halten, sondern weil wir jetzt voll Vertrauen für die Zukunft. Nein, weil er die Niederlage der Revolution realisiert, ist er Botschafter für eine bessere revolutionäre Zukunft. Jetzt ist jeder Textum ausgefallen. Die Revolution hat nicht gefügt. Aber die Arbeiter kann aus dieser Stellungnahme der gesamten Sozialdemokratischen Partei ersicht, daß diese nicht nur die imperialistische Außenpolitik, sondern auch die damit notwendigerweise verbundene reaktionäre und arbeitserfindende Innenpolitik im vollen Maße unterstützt. Beruhigung und Verwirrung der Arbeitermassen, das ist die in jeder Lage wiederkehrende Aufgabe der sozialdemokratischen Führer zur Unterstützung des Kapitals. Die sozialdemokratischen Führer werden die Arbeiter immer vom

Kampf abhalten. Deswegen bleibt die erste Aufgabe des Reichspräsidenten die Lösung der Massen von der reformistischen Führerschaft.

Die Massen der Arbeiter haben keine Zeit, sich auf die Verträge der Reformisten zu verlassen. Sie müssen sofort und entschieden den Kampf gegen die Reichsregierung organisieren. Kampf gegen jede Verschlechterung ihrer Rechte und ihrer sozialen Lage. Kampf um die Verfestigung der Arbeitsplätze, die Erhöhung der Löhne, gegen den Steuerdruck, für die Auflösung des Reichstages und die Entscheidung durch die Massen selbst ist die nächste Aufgabe.

Die Landtagswahl in Thüringen

Die gestrigen Landtagswahlen in Thüringen zeigen auch dort einen katastrophalen Zusammenbruch des Ordnungsbundes, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Tiele Parteien, die mit dem Landtag und dem Zentrum zum Ordnungsbund vereinigt waren, haben gegenüber den Reichstagswahlen über 65 000 Stimmen verloren, nachdem sie schon bei den Reichstagswahlen gegenüber den Landtagswahlen vom Februar 1924 rund 90 000 Stimmen verloren hatten. Man kann feststellen, der Ordnungsbund ist in Thüringen gescheitert. Die Parteien, die jetzt im Reich die Macht ergreifen, haben die größten Verluste erlitten.

Am Tage der Regierungserklärung im Reich haben die Wähler in Thüringen schon ihre Stellung zu der Reichsregierung klargestellt, die Reichsregierung der arbeitenden Massen ist dieser Regierung gewiß.

Die jetzt vergleichbare Wahl, die Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 brachte bekanntlich der KPD gegenüber den Wahlen von Anfang 1924 einen Rückschlag, während sich die SPD von ihrer Niederlage schon bis zum 7. Dezember 1924 etwas erholen konnte. Verglichen mit diesen letzten Wahlergebnissen zeigen die ersten Resultate aus Thüringen, daß die SPD kaum weitere nennenswerte Fortschritte machen konnte, während die KPD nicht nur ihre Zahlen vom 7. Dezember 1924 durchweg überholte, sondern dieselben schon über die Resultate des 4. Mai hinaus an die Spitzen der Reichstagswahlen vom Februar 1924 herangekommen ist. In einzelnen Fällen sie sogar schon überlegen konnte.

Bezeichnend sind auch die gewaltigen Verluste der Nationalsozialisten und der Demokraten. Beide Parteien verloren fast die Hälfte ihrer Stimmen, das gibt schlechte Aussichten für Hellmut von Mücke. Dagegen zeigt sich auch in Thüringen das Anwachsen der Mittelstandsparteien. Auch hier zeigt sich der Aufmarsch des Mittelstandes und keine illusionären Hoffnungen. Die Mittelstandspartei wird eine der dringendsten Aufgaben der nächsten Zeit werden. Es gilt die hier schlummernden, zu uns gehörenden und mit uns sympathisierenden Kräfte zu gewinnen.

Das vorläufige Wahlergebnis

	Reichstagswahl 7. 12. 24	Landtagswahl 18. 2. 24
Einheitsliste	270 625	333 768
Wirtschaftspartei	75 500	21 384
Nationalsozialist	29 918	44 577
Böhmische	9 137	—
Später	23 156	—
Demokraten	26 581	43 650
Sozialdemokraten	262 827	260 292
Kommunisten	113 479	107 806
Komm. Arb.-Gemeinschaft	3 874	—

Die Mandatsstärke der Parteien

Weimar, 31. Januar. (Telefon.) Der Landeswahlleiter des Landes Thüringen gibt folgendes vorläufige amtliche Ergebnis der thüringischen Landtagswahlen bekannt: Zahl der abgegebenen Stimmen 815 068. Davon entfallen auf die Liste:

- 1: Einheitsliste . . . 270 625 gleich 18 Mandate,
 - 2: Sozialdemokraten . . . 262 827 gleich 18 Mandate,
 - 3: Kommunisten . . . 113 479 gleich 8 Mandate,
 - 4: Komm. Arb.-Gemeinschaft 3 874 gleich — Mandate,
 - 5: Nationalsozialisten . . . 29 918 gleich 2 Mandate,
 - 6: Deutschböhmische . . . 9 137 gleich 1 Mandat,
 - 7: Demokraten . . . 26 581 gleich 2 Mandate,
 - 8: Wirtschaftspartei . . . 75 500 gleich 5 Mandate,
 - 9: Später, Aufwetter . . . 23 156 gleich 1 Mandat.
- Zusammen 66 Mandate.

Nach diesem amtlichen Ergebnis hat also doch die notwendige Stimmenzahl nicht erreicht werden können, die die Zahl der Abgeordneten im neuen Landtag auf 63 bestimmt hätte. Der neue Landtag wird 66 Abgeordnete zählen. Die drei weiteren Sitze entfallen auf die Einheitsliste, die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Die Reihensummenrechnung zwischen den völkerverhetzlichen und den Nationalsozialisten hat ergeben, daß die Nationalsozialisten nur 2 die Einheitsliste dagegen 1 Sitze erlangen. Die Wahlbeteiligung schwante zwischen 68 und 77 Prozent.

Bürgerblut und Reichswehr

Die Richtlinien der künftigen Regierungspolitik lagen in ihrem 3. Abschlag über die Reichswehr:

„Bezüglich der Reichswehr wird der entsprechende Teil der Rede des Reichskanzlers vom 16. Dezember 1926 als maßgebend anerkannt. 1. Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1926 ist strengstens durchzuführen. 2. Den Angehörigen der Reichswehr ist die Zugehörigkeit, das Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden aller Richtungen, zu denen die sogenannten Wehrverbände aller Richtungen und Form in erster Linie gehören, verboten. 3. Es wird eine Rekrutierungsverordnung erlassen, die vorsehrt, daß keine verfassungswidrigen Personen im Sinne der Ziffer 2 in die Reichswehr aufgenommen werden.“

Die Punkte 1 und 2 besagen, daß die Reichswehr keine Ergänzungstruppen in der Art der Schwarzen Reichswehr haben dürfe. Die Verordnung vom 31. Dezember 1926 verbietet bekanntlich die Zusammenarbeit der Reichswehr mit den Rechtsorganisationen (Stahlhelm, Jungdo usw.). Nun ist es aber ein öffentliches Geheimnis, daß die Reichswehr über zahlreiche Ergänzungstruppen verfügt. Es ist mehr als einmal vorgekommen, daß im selben Augenblick, da der Reichswehrminister Gehler die Entlassung von Zeitfreiwilligen und Schwarzer Reichswehr abkündigte, in der Öffentlichkeit festgestellt wurde, daß die Reichswehr Zeitfreiwillige ausbildet. Gehler erlangte eine eigenartige Verhüllung als Gewährsmann der Dementis.

Wird sich jetzt durch die Rechtsregierung an dem System der Schwarzen Reichswehr etwas ändern? Schon der Hinweis auf ihre Hindenburgische Abstammung beantwortet die Frage. Aber die kommenden Regierungsparteien wollen keinen Zweifel darüber lassen und schlagen darum als Reichswehrminister ausgerechnet — Gehler vor. Er hat sein Einverständnis zu diesem Paktus gegeben, so wie er sein Einverständnis zur Verordnung vom 31. Dezember 1926 gegeben hat. Er ist der Bürge für die Durchführung dieses Paktus. Es wird wohl in Deutschland kaum noch einen Menschen geben, der irgendwelche Zweifel über den Wert der Dementis und Versicherungen Gehlers hat.

Die Rechtsparteien verkünden, der Bürgerblut werde keine Schwarze Reichswehr dulden — und ihr Minister ist ausgerechnet Gehler, der Mann der Legaten und illegalen Reichswehrtruppen. Gehler, der, um Minister zu bleiben, aus seiner Partei austrat, damit jedermann wisse, was Regierungserklärungen wert sind.

Sehen wir uns nun den 3. Punkt an. Es wird eine Rekrutierungsverordnung erlassen, die vorsehrt, daß keine verfassungswidrigen Personen in die Reichswehr eingestellt werden dürfen.

Ist das am Ende doch ein kleiner Sieg der sogenannten „linken“ Parteien, des Zentrums, der Demokratischen Partei, und vor allem der Sozialdemokratischen Partei?

Wir müssen ein wenig weiter zurückgreifen, um die Vorgeschichte dieser Rekrutierungsverordnung zu erklären. Bereits Anfang Oktober vorigen Jahres trat bei Reichspräsident Löbe mit Vorwürfen hervor, die nun mit dem Mannschaftsvertrag der Reichswehr bestritten. Diese Aktion Löbes machte viel Aufsehen. Was war der Zweck des sozialdemokratischen Vorstoßes?

Der jährliche Erlös der Reichswehr (und ebenso der Zeitfreiwilligen) kommen aus den rechtsradikalen Organisationen; in erster Linie aus dem Stahlhelm, aus Jungdo usw. Nur derjenige, der einen Ausweis dieser Organisationen besitzt, nur derjenige, der sich durch einige Jahre treuer Gefolgschaft der Leutnant Schulz und Kollegen ausgezeichnet hat, hat heute die Berechtigung, in der Reichswehr einzutreten. Ebenso werden als Zeitfreiwillige nur „bewährte“ Angehörige der faschistischen Verbände eingestellt.

Löbes verlangte nun für jeden Wehrkreis einen aus Vertretern der Verfassungsparteien gebildeten Rekrutierungsausschuß, der die Anwärter für die Reichswehr auszuwählen habe. Die Sozialdemokratie will nicht die heutigen Offiziere und Mannschaften aus der Reichswehr beurlauben, sondern die Sozialdemokratie verlangt hier durch Löbes nur die Zusammenarbeit der heutigen Offiziere mit Offizieren, die das Reichsbanner stellen will.

Löbes Vorschlag wurde von einigen Zeitungen der Reichsbannerparteien freudig aufgegriffen. Die Reichsbannerleitung glaubte den Wunsch bekommen, daß die Fäden zwischen Reichsbanner und Reichswehr geschnitten werden würden. Die Reichsbannerleitung träumte schon davon, daß sie an die Stelle der Rechtsorganisationen, aber wenigstens als gleichberechtigter Kampagne neben dem Stahlhelm, neben dem Jungdo gestellt würden. Die Reichsbannergeneräle glaubten schon an ihr erneutes Ansehen.

Die Rechtsorganisationen, die Rechtsparteien und nicht zuletzt das Reichswehrministerium dachten anders. Die Reichsbanner, die jetzt die „Richtlinien“ der künftigen Regierungspolitik mit dem Abschlag 3 über die Reichswehr vorbereitet, schlug Lärm wegen der Löbelschen Vorwürfe. Es wurde ein großes Geschrei über die „Politik“ der Reichswehr erhoben.